



Stellungnahme zum Entwurf des BDI-Perspektivkonzepts "Für ein attraktives Deutschland in einem weltoffenen Europa" Kapitel 13: "Klimavorsorge durch internationale Kooperation"

als Beitrag zum BDI-Symposium am 22. September 2003 in Berlin

Klaus Milke*

Mitglied des Vorstands von Germanwatch

Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunftsfähigkeit

Freiheit wagen - Fesseln sprengen

Sehr geehrte Damen und Herren !

Germanwatch ist mit dem BDI und einer großen Zahl seiner Mitgliedsunternehmen seit Jahren in einem sehr engen Austausch über die Klima- und Energiepolitik auf europäischer und deutscher Ebene und wir haben in der Vergangenheit sehr sachlich, aber doch auch heftig miteinander gestritten. Zuletzt insbesondere über den europaweiten Emissionshandel und das Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG).

Man kennt sich also. Vielleicht war das der Grund, weshalb ich als NGO-Vertreter im Programm mitwirken darf. Vielen Dank dafür !

Germanwatch legt auf Dialogbemühungen mit der Wirtschaft besonderen Wert,

- nicht zuletzt auch, um der Politik Beine zu machen.

Aber auch, um Bewegung in die Wirtschaft hinein zu induzieren. Und hier geht es nicht darum, über die von der Politik gesetzten Ziele neu zu debattieren, sondern darum, die Anreize und Instrumente zu schaffen, damit seitens der Wirtschaft umgesetzt werden kann.

Einige Unternehmen - auch Mitglieder des BDI - packen diese Fragen der Umsetzung an und sind damit erfreulich konstruktive Kräfte.

Leider bestimmen aber die Langsamsten das Tempo großer Verbände (wie der BDI einer ist) und vermitteln den Eindruck, dass hier vor allem Bremser, Verhinderer und Nörgler am Werke sind: Und die Großen dominieren zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir alle wissen inzwischen sehr wohl: die Wirtschaft ist kein homogener Block.

Das kann ich selbst gut aus eigener Erfahrung sagen.

Ich bin Ökonom, habe selbst eine gewisse Zeit - bevor ich vollends in die entwicklungs- und umweltpolitische Arbeit einstieg - an der Spitze eines mittelständischen Unternehmens gestanden und kenne die Vielfalt im unternehmerischen Denken und Agieren zur Genüge.

Die eigene Erfahrung rührt jedoch auch aus den von Germanwatch unterstützten Wirtschafts-Initiativen "European Business Council for a Sustainable Energy Future" und

* unter Mitarbeit von Christoph Bals und Gerold Kier, Germanwatch

"e-mission 55 - Business for Climate", die gerade damit gearbeitet haben, zu zeigen, dass Wirtschaft immer aus dem Wettbewerb und dem Spannungsfeld von Gewinnern und Verlierern gespeist wird.

Und dass Wirtschaft gerade auch in Klimaschutzfragen eine eigene Dynamik nach vorne entwickeln kann.

Doch nun zu dem hier vorliegenden BDI - Strategiepapier und dem
Kapitel 13 "Klimavorsorge durch internationale Kooperation"

Zunächst eine Einschränkung:

Schade, dass die Kapitel 10 (Mobilität durch bedarfsgerechte Verkehrsnetze) und 11 (Sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung durch Diversifizierung) hier nicht in gleicher Weise mitbehandelt werden können. Beide müssten bei einer zukunftsfähigen Klimavorsorgestrategie unmittelbar mitdiskutiert werden.

Denn die zwei Sektoren Energie und Verkehr sind zusammengenommen für den größten Teil des CO₂-Ausstoßes verantwortlich und müssen daher immer ein entscheidender Teil der Lösung sein.

Erfreulich an dem Papier ist, dass Sie das Problem des Klimawandels und die Tatsache, dass wir Menschen etwas damit zu tun haben, nicht mehr infrage stellen.

Die Wirtschaft hat gelernt und geht kaum mehr den vereinzelt, immer wieder um Aufmerksamkeit buhlenden Klima-Skeptikern auf den Leim.

Der hohe und einzigartige Sachstand der Wissenschaft, im Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen versammelt, ist allerdings auch von unschätzbarem Wert.

Leider fehlt in ihren Eingangsbemerkungen zu dem Kapitel jedoch, dass sich die Signale des Klimawandels in den letzten Jahren verstärken.

Der globale Temperaturanstieg beschleunigt sich und der Anstieg der Zahl der Wetterextreme lässt sich noch besser statistisch nachweisen. Fluten wie die im vergangenen Jahr erlebt und der "Sahara"-Sommer diesen Jahres waren Beispiele dafür. Wo auch immer Studien zu den Risiken des Klimawandels tiefer bohren, tauchen auch immer neue Risiken auf, die in den bisherigen Modellen vernachlässigt wurden.

Auch der BDI dürfte gut beraten sein, diesen Risiken, die auch Risiken für die Unternehmensbilanzen sind, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Eine Strategie des Risikomanagements angesichts des Klimawandels müsste demzufolge ein zentraler Bestandteil eines solchen Zukunftspapieres sein

Und damit komme ich zur Gesamtbeurteilung des Strategiekapitels.

Ich sage ganz deutlich: Ich bin sehr enttäuscht über das Papier.

Und ich glaube nicht, dass die in Klimafragen aktiven Mitglieds-Unternehmen des BDI begeistert sein werden.

Typisch für den BDI ist: es wird hier voll auf die Bremse getreten.

Der BDI ist leider, leider in einer entscheidenden Zukunfts-Frage einmal wieder Bedenkenträger in fast alle Richtungen.

Ich will dies kurz und knapp an den Unterkapiteln dieses Abschnittes verdeutlichen (vgl. Anhang).

Zu Punkt 1: Überzogene Vorreiterrolle Deutschlands aufgeben

Meine Damen und Herren: Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da sagt die verfasste deutsche Wirtschaft der deutschen Politik: wir wollen bloß kein Vorreiter sein! Deutschland hat schon in der Vergangenheit bei der Einführung neuer

Technologien anderen Staaten den Vortritt gelassen. Nun aber ist im Bereich Erneuerbare Energien und zum Teil im Bereich Energieeffizienz ein Spitzenplatz ergattert und es wird deutlich, dass immer mehr Staaten dem deutschen Beispiel folgen wollen. Und da tritt die deutsche Industrie auf die Bremse und ruft erschrocken: "Nur keine Vorreiterrolle!"

Also ein klares Votum von mir für eine Vorreiterrolle. Die Herausforderung liegt allerdings darin, die Vorreiterrolle so zu gestalten, dass nicht nur das Klima sondern auch die Wirtschaft davon profitiert. Heute gibt es im Energie- und Klimabereich eine historische Chance, im globalen Kontext nicht nur Zeichen zu setzen und etwas für das Klima zu tun, sondern weltweit dynamisch wachsende Märkte zu besetzen. Kein anderes Segment des Energiemarktes wächst weltweit so schnell wie die Windkraft und die Photovoltaik. Investieren wir in Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung und in Erneuerbare Technologien und fördern wir sie für den Export. Unterstützen Sie etwa beim Erneuerbaren Gipfel nächstes Jahr die Koalition einer möglichst breiten Gruppe von Staaten, die hier gemeinsam vorangehen. Eine Lokomotive soll ja nicht allein durch die Welt fahren, sondern sie soll andere mitziehen.

Dann wird hier ein Wachstum stimuliert, das langfristig trägt und zusätzlich Arbeitsplätze schafft.

Und ich möchte es erwähnen:

Heute haben wir im Bereich der Erneuerbaren schon mehr Arbeitsplätze als im Bereich der Atom-oder Kohleindustrie.

Das 40-% Ziel für 2020 (Minderung von CO₂ auf der Basis von 1990, - also 15 % mehr als das 2005er-Ziel) sollte genutzt werden. So kann die Vorreiterrolle klimapolitisch und ökonomisch ihren Sinn entfalten.

Und auch hier ist die Vorreiterrolle kein Selbstzweck. Sie soll andere mitziehen.

Wir freuen uns als NGO darauf, mit der deutschen Industrie gemeinsam an einer Strategie zu arbeiten, die in der gesamten EU dazu beiträgt, ein ehrgeiziges Reduktionsziel für 2020 durchzusetzen.

Zu Punkt 2: Mehr Klimavorsorge für weniger Geld realisieren

Genau deswegen haben wir uns für das Kyoto-Protokoll, das hoffentlich ganz bald in Kraft tritt, und den europaweiten Emissionshandel eingesetzt. Auch Joint Implementation und der sogenannte Clean Development Mechanism können, wenn der von der EU zu setzende Rahmen ihre Integrität (z.B. durch den Gold Standard des WWF) gewährleistet, eine wichtige Rolle spielen.

In der entsprechenden AG der Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel des BMU hat Germanwatch dazu konstruktive Vorschläge vorgelegt, und darüber hinaus diskutieren wir derzeit intensiv mit deutschen Großunternehmen, die über Kyoto hinaus freiwillig diese Instrumente nutzen wollen.

Ein weiterer Diskussionsstrang, wo wir auch Ihren Sachverstand brauchen, ist die Suche nach Anreizstrukturen in einem privatisierten Energiemarkt, um auf der Nachfrageseite Energieeffizienz zu fördern. Dies würde die Effizienz der Volkswirtschaft fördern. Innovatives Denken und Handeln ist hier gefragt. Und dieses ist auch - wie wir wissen, was in Ihrem Papier aber zu wenig vorkommt - in zahlreichen Unternehmen, die der BDI vertritt, vorhanden.

Zu Punkt 3: Entwicklungspolitik mit der Klimavorsorge verbinden

Das liegt uns als Nord-Süd-Initiative ganz besonders am Herzen.

Genau das intendieren ja zum Teil bereits die Kyoto-Instrumente (insbesondere der CDM) und der gesamte Klimaverhandlungsprozess.

Der Erfolg einer globalen Klimaschutzstrategie wird maßgeblich davon abhängen, welche Infrastruktur in den schnell wachsenden Schwellenländern aufgebaut wird. Deswegen sollten wir auch mit ihnen eine Diskussion führen, wie dieser Aspekt bei der Exportkreditfinanzierung stärker berücksichtigt wird. Hier liegt klimapolitisch noch einiges im Argen.

Uns und auch der Wirtschaft muss klar sein: die Entwicklungsländer reduzieren erst ihre Emissionen, wenn die Industrieländer ihre Hausaufgaben machen. Wahrlich ein Wettlauf mit der Zeit !

Noch zwei Gedanken:

Kontraproduktiv in vielerlei Hinsicht wäre es, von den Least Developed Countries Klimaschutzpflichten zu fordern. Das bringt dem Klimaschutz nichts, wird aber zu einer Blockade der G77-Staaten in diesen Fragen führen. Die USA haben dies unrühmlich vorgemacht.

Und: der Industrie müsste auch klar sein, dass die notwendige Unterstützung für die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder immer mehr ins Zentrum der Debatte rücken wird. Die meisten und hilflosesten Opfer der Klimaschäden sind in den ärmsten Regionen dieses Planeten zu finden. Ich verweise hier auf die Klima-Ausbade-Kampagne von Germanwatch und die Climate-Justice-Debatte.

Globaler Klimawandel ist eben weniger ein Umweltproblem als vielmehr eine der entscheidenden Sozialen Fragen der Zukunft. Und gerade die Erneuerbaren-Weltkonferenz "Renewables 2004" will hier einen entscheidenden Beitrag leisten. Da sollte die Industrie unbedingt aktive Beiträge beisteuern.

Ich frage: was tut der BDI und welche konstruktiven Impulse entwickelt er? Das fehlt leider in Ihrem Papier.

Zu Punkt 4: Die USA einbeziehen

Natürlich müssen wir die USA mit ins Boot bekommen, das ist überhaupt keine Frage. Wenn dies ernsthaft gelingt, steigen auch die Chancen für eine Beteiligung der Schwellenländer ganz erheblich.

Wir arbeiten inzwischen mit vielen Partnern in Politik, NGO und Industrie weltweit an einer Strategie für ein klimapolitisches Come-Back der USA. Gerne setzen wir uns auch mit Ihnen dazu an einen Tisch.

Dies muss intelligent und nicht zuletzt über ökonomische Anreize passieren.

Übrigens ist die Situation nicht so hoffnungslos, wie sie manchmal erscheint. In den USA passiert trotz oder vielleicht auch wegen der Verweigerungshaltung in Washington ganz viel auf der Bundesstaaten- und kommunalen Ebene in Sachen Energieeffizienz und Erneuerbare. In vielen US-Staaten sehen Politik und Unternehmen, dass sie sonst von einer Technologiewelle abgehängt werden könnten.

Transatlantische Dialoge von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft müssen diese Prozesse unterstützen.

Ich bin gespannt, was der BDI oder ECONSENSE da (allerdings anderes als den Transatlantic Business Dialogue) noch auf die Schiene setzen.

Punkt 5: Klimaschutzpolitik oder global change policy? Die Strategie überdenken

Hier ist ein Nervpunkt angesprochen, - in der Tat.

Doch sollte gerade hier über die RISIKEN gesprochen werden, denen man ausgesetzt ist, wenn man nichts tut.

Wie Sie alle wissen, beginnen die Finanzmärkte schon jetzt, sich verstärkt dafür zu interessieren, wie Unternehmen oder Branchen sich auf die Klimarisiken ihres Geschäftes vorbereiten. Die Carbon Disclosure Initiative hat da höchst Interessantes zu Tage gefördert. Treibhausgasintensiven Unternehmen ohne geeignetes Risikomanagement droht ein Down-Rating durch die Finanzmärkte. Andere, die pro-aktiv handeln, werden vom Kapitalmarkt höher bewertet werden.

In Zukunft werden also nicht mehr nur die *Stakeholder* mehr Klimaschutz anmahnen, sondern dies kommt auch von den Kapitaleignern, den *Shareholdern* selbst, also z.B. den großen Pensionsfonds.

Bei den Haftungsrisiken, die inzwischen auch verstärkt diskutiert werden, will ich es dabei belassen, sie nur als Stichwort zu erwähnen.

Resumee :

Wir leben in einer Wissensgesellschaft. Die Erkenntnisse rasch Vorsorge zu betreiben sind hinreichend da. Handlungsoptionen liegen zur Genüge auf dem Tisch.

Deutschland könnte mit erheblicher Ausstrahlung auf die größer werdende EU einen ganz starken Beitrag zum Klimaschutz leisten und gleichzeitig große ökonomische Vorteile in Anspruch nehmen.

Dann muss aber unverzüglich mit einer innovativen und ganzheitlichen nach vorne gerichteten Strategie von Technologieförderung, neuen Dienstleistungen, richtigen politischen Rahmensetzungen und finanziellem Support sowie ökonomischen Anreizen gearbeitet werden.

Nehmen Sie also den Fuß von der Bremse und nutzen Sie die Chancen, indem wir gemeinsam die ökologischen und ökonomischen Risiken meistern.

Weitere Anmerkungen:

- Zu 1) Die Aussage, dass die Industrieländer nicht in der Lage sind, die Emissionszuwächse der Entwicklungsländer zu kompensieren, möchten wir bezweifeln. Aber wir stimmen der Einschätzung zu, dass JI und CDM wichtige Mechanismen sind, die - wenn sie seriös betrieben werden - nicht nur dem Klimaschutz sondern auch der Entwicklung dienen können. Warum es hierfür in erster Linie diplomatisch-politischer Bemühungen bedarf und die Chancen für ein Engagement der Wirtschaft nicht erwähnt werden, bleibt unverständlich.
- Zu 2) Die Tabelle "Energiebedingter Ausstoß von Kohlendioxid" bedarf an verschiedenen Stellen einer Erläuterung:
 - Deutschland hat seinen CO₂-Ausstoß zwar seit 1990 deutlich reduziert, dies ist jedoch in erster Linie vereinigungsbedingt.
 - China hat seinen CO₂-Ausstoß seit 1990 zwar gesteigert, in den letzten Jahren fiel der Anstieg aber relativ moderat aus, u.a. durch die Kürzung von Kohlesubventionen. Ganz anders in den USA.
- Zu 5) Die Aussage, "dass letztlich nicht geklärt ist, in welchem Ausmaß der Mensch des Klima beeinflusst" verkürzt den wissenschaftlichen Sachstand in erheblicher Weise, vor allem weil es praktisch die einzige Aussage zum Thema Klimawissenschaft ist, die in dem Papier zu finden ist. Richtig ist, dass auch natürliche Schwankungen einen Anteil an der derzeitigen Klimaerwärmung haben. Unter seriösen Wissenschaftlern herrscht jedoch weitgehende Einigkeit darüber, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass dieser Anteil größer ist als der Beitrag des Menschen.
- Zu 5) "Es sollte nicht immer nur der 'Schatten' gesehen werden, sondern auch das 'Licht'" - eine solche Haltung wünschen wir uns vom BDI hinsichtlich der Chancen von Zukunftstechnologien für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Geradezu zynisch klingt diese Aussage aber in dem von Ihnen geäußerten Vergleich, der mit den Überlebenschancen der Menschen in Entwicklungsländern sehr leichtfertig umgeht: selbst wenn "bedeutende Landstriche z.B. in Sibirien oder Kanada leichter bewohn- und bewirtschaftbar werden", wie von Ihnen dargestellt, so wird dies ein schwacher Trost für Millionen von Menschen im Süden sein, die sich Dürren, Überschwemmungen und anderen Wetterextremen ausgesetzt sehen. Die weltweite Schere zwischen Arm und Reich wird hierdurch eher zunehmen.

GERMANWATCH e.V.

Nord-Süd-Initiative, die sich seit 1991 in der deutschen und europäischen Umwelt-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik wie auch auf globaler Ebene (UN, WTO) für eine nachhaltige Entwicklung einsetzt - zum Nutzen der Länder des Südens. Büros in Bonn und Berlin; ca. 500 Mitglieder; ca 15 feste Mitarbeiter/innen. Arbeitsschwerpunkte: Klimaschutz, Flugverkehr, Nachhaltiges Investment, gerechter Welt-/Agrarhande und Leitlinien für multinationale Unternehmen. Germanwatch fordert wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreiz für den Klimaschutz sowie Verantwortungsübernahme von Klimaschäden nach dem Verursacherprinzip. Der Verein half mit, einen europäischen Unternehmensverband zu initiieren, der sich für Klimaschutz unterstützende Rahmenbedingungen einsetzt (European Business Council for a Sustainable Energy Future - e⁵) wie auch eine Unternehmens-Kampagne zum Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls (e-mission 55). Im Zusammenwirken mit der STIFTUNG ZUKUNFTSFÄHIGKEIT trugen unsere Experten für Nachhaltiges Investment maßgeblich zur Promotion der "grünen Riesterreite" bei. Im Flugverkehr, dem für die nächsten Jahrzehnte hohes Emissionswachstum prognostiziert wird und der im grenzüberschreitenden Verkehr noch von jeglicher Emissionsbeschränkung freigestellt ist, werden neben politischer Lobbyarbeit Instrumente entwickelt, die zu einer Trendwende im Emissionswachstum beitragen können. Germanwatch war auch in Cancun bei der Welthandelskonferenz als kritischer Beobachter aktiv.

GERMANWATCH E.V. BÜRO BONN: KAISERSTR. 201 D-53113 BONN TEL.: +49 (0)228 / 60 492 - 0 FAX: -19
BÜRO BERLIN: VOBSTR. 1 D-10117 BERLIN TEL.: +49 (0)30 / 28 88 356 -0 FAX: - 1
E-MAIL: GERMANWATCH@GERMANWATCH.ORG WWW.GERMANWATCH.ORG

ANHANG:

Kapitel 13 des BDI-Perspektivkonzeptes "Für ein attraktives Deutschland"
(Entwurf zum 22.9.2003)

Quelle: http://www.bdi-online.de/RedDot/BDI-Reformkonzept_2003_-_Entwurf.pdf

13. Klimavorsorge durch internationale Kooperation

Verantwortlich: Prof. Wilhelm Simson
Redaktion: Dr. Joachim Hein

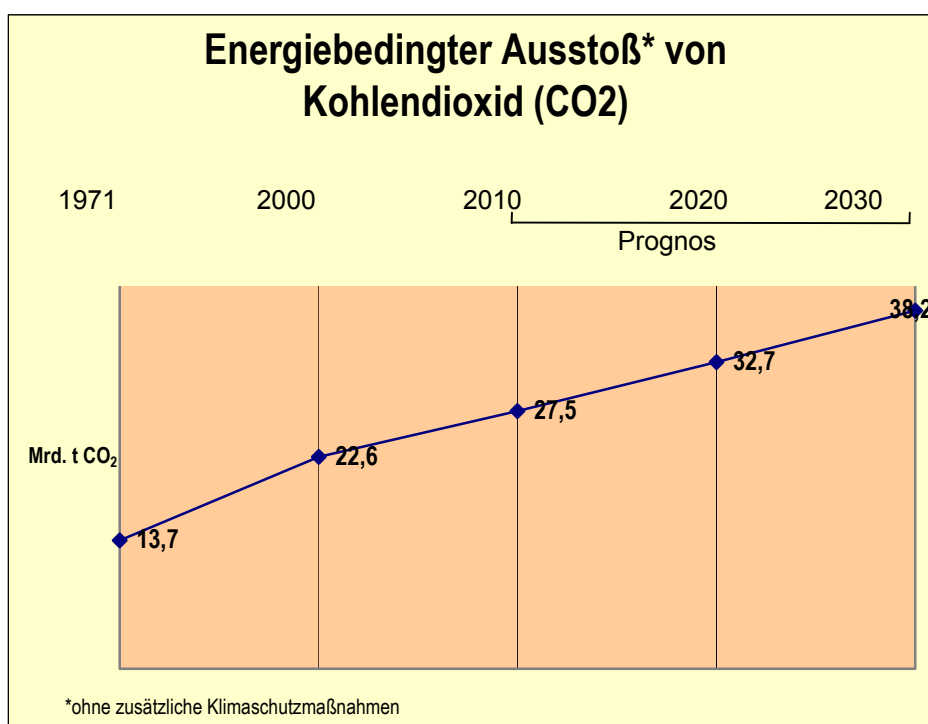
In der Klimaschutzpolitik wird ähnlich wie in der Verbraucherschutzpolitik der Gedanke kultiviert, dass hohe politisch gesetzte Standards die Technologieführerschaft und damit die Attraktivität des Landes fördern. Dies kann gelegentlich der Fall sein. Wenn jedoch die Standards nicht in absehbarer Zeit die Nachfrager nach entsprechenden Produkten beeindrucken, schlägt die Strategie fehl.

Hinzu kommt, dass Deutschland durch eine isolierte Klimaschutzpolitik das Klima im eigenen Lande oder gar weltweit nicht nennenswert beeinflussen kann. Welche Strategie ist vor diesem Hintergrund für ein attraktives Deutschland zu wählen?

13.1. Überzogene Vorreiterrolle Deutschlands aufgeben

Das globale Klima wird von vielen Faktoren beeinflusst. Soweit sie anthropogen sind, ist das Bevölkerungswachstum der vielleicht gravierendste Faktor. Die Weltbevölkerung, heute etwas mehr als 6,3 Milliarden Menschen, wächst pro Sekunde um drei Menschen. Dadurch wird der Bedarf der Menschen nach Nahrung und Gesundheit, Wohnung und Kleidung, Mobilität oder Arbeitserleichterung ebenfalls weiter zunehmen und damit der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen. Nach IEA-Prognosen (World Energy Outlook 2002) werden die weltweiten CO₂-Emissionen weiter stetig steigen und im Jahre 2030 auf mehr als 38 Mrd. t/Jahr anwachsen. Nach vorherrschender wissenschaftlicher Lehrmeinung stellt dies eine ernste Gefahr für die Menschen dar. Diese Bedrohung wird gerade in Deutschland als belastend empfunden.

Dennoch ist es falsch, daraus eine überzogene Vorreiterrolle für Deutschland abzuleiten. Selbst wenn Deutschland bis 2020 seine CO₂-Emissionen auf Null reduzieren könnte, wäre dies bezogen auf die weltweiten Emissionen nur eine Verringerung von etwa zwei bis drei Prozent.



Darüber hinaus sind gerade in Deutschland weitere drastische Emissionsreduktionen gesamtwirtschaftlich mit hohen Opfern verbunden, weil weitere Steigerungen unserer bereits hohen Energieeffizienz überproportional hohe Kosten verursachen. In Anbetracht der schon erreichten CO₂-Reduktionserfolge stellen weitere Emissionsminderungen eine technisch höchst anspruchsvolle und kostenintensive Aufgabe dar. Bei den Reduktionspotenzialen existieren industriespezifische, physikalisch-chemisch-technische Grenzen, so dass bisherige Minderungserfolge nicht einfach weiter extrapoliert werden können. Für immer geringeren Nutzen muss mehr und mehr Geld aufgewendet werden. Das ist ineffizient. Es müssen erfolversprechendere Wege gefunden werden, die das Wirtschaftswachstum nicht gefährden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass gerade Wirtschaftswachstum von zentraler Bedeutung für die Erfüllung sowohl sozialer wie ökologischer Anforderungen ist. Deswegen ist die ungehemmte Erzwingung von Emissionsreduktionen für Wirtschaft und Gesellschaft mit enormen Risiken behaftet.

13.2. Mehr Klimavorsorge für weniger Geld realisieren

Generell liegen in den Industrieländern die Kosten zur Erzielung der gleichen Emissionsminderung erheblich höher als in Entwicklungs- und Schwellenländern. Etwa angesichts des niedrigen Wirkungsgrades vieler Energieerzeugungsanlagen sowie der Altersstruktur des Realkapitals (etwa im Kraftwerkspark der Volksrepublik China sowie vieler Staaten Mittel- und Osteuropas) gibt es außerhalb Deutschlands viele Möglichkeiten, vergleichsweise schnell und kostengünstig CO₂-Minderungen zu realisieren. In Entwicklungs- und Schwellenländern scheitert dies jedoch häufig an Mittelengpässen. Es müssen daher geeignete Vorkehrungen getroffen werden, dass die Emissionen dort gemindert werden (können), wo dies effizient, d. h. vor allem mit einem „vernünftigen“ Kosten-Nutzen-Verhältnis, möglich ist. Den „Kyoto-Mechanismen“ Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) kommt dabei eine sehr wichtige Rolle zu. Die Anwendung dieser Instrumente verbessert letztlich auch die Effizienz der nationalen Klimapolitik.

Im Ausland durchgeführte Klimaschutzmaßnahmen sind also keine Ersatzmaßnahmen, sondern erhöhen deutlich die Effizienz des Einsatzes begrenzter finanzieller Ressourcen – ganz im Sinne der Grundsätze der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls. Die Industrieländer sind nach derzeitigem Stand allein nicht in der Lage, die prognostizierten Emissionszuwächse der Entwicklungs- und Schwellenländer zu kompensieren. Anstrengungen, das Klima zu schützen, können nicht zum Erfolg führen, wenn zwei Drittel der Weltbevölkerung auf Dauer keine konkreten Verpflichtungen zur Begrenzung ihrer – steigenden – Treibhausgasemissionen eingehen. Hier müssen verstärkte diplomatisch-politische Bemühungen ansetzen. Auch die entsprechende Ausgestaltung der Kyoto-Mechanismen einschließlich eines funktionierenden Technologietransfers kann dies fördern.

13.3. Entwicklungspolitik mit der Klimavorsorge verbinden

Eine entscheidende Rolle muss in diesem Zusammenhang die Armutsbekämpfung spielen. Wer an das tägliche Überleben denkt, dem ist das Klima gleichgültig. Aber die Millionen Menschen, die heute noch in Armut leben, werden für eine wirksame Stabilisierung bzw. Begrenzung der Treibhausgasemissionen gebraucht. Ihre Staaten müssen sich nachhaltig entwickeln und die Menschen müssen daran teilhaben können. Der mit einer Wohlstandsmehrung verbundene Anstieg der Emissionen ist durch den Einsatz geeigneter Technologien möglichst gering zu halten. Die flexiblen Maßnahmen des Protokolls von Kyoto sind dabei nützliche Hilfen. Es ist unerlässlich, dass sich alle Entwicklungs- und Schwellenländer schrittweise an der internationalen Klimavorsorge beteiligen und letztlich quantitative Emissionszuwachsbeschränkungen akzeptieren. Da es einen inneren Zusammenhang zwischen Klimavorsorge und Armutsbekämpfung gibt, bietet es sich an, diese beiden The-

men zu verbinden. Technischer Fortschritt und Investitionen führen zu Wirtschaftswachstum und zu höherer Ressourceneffizienz. Es kommt zugleich zu mehr Einkommen durch moderne Arbeitsplätze.

Ein wichtiger Grund für die ablehnende Haltung vieler Entwicklungsländer gegenüber modernster Technik und energieeffizienter Anlagen sind oftmals die Folgekosten für das Fachpersonal und für die Materialien, die für Betrieb, Wartung und Instandhaltung hochmoderner Anlagen notwendig sind. Außerdem konkurrieren unterschiedliche entwicklungspolitische Ziele um eng begrenzte Mittel. Der Klimaschutz hat aus Sicht der Entwicklungsländer i. d. R. hierbei nicht die oberste Priorität. Die hohe technologische Kompetenz Deutschlands und deren Anwendung im weltweiten Maßstab bietet wirtschaftliche Chancen, wenn die Bundesregierung durch verstärkte Kooperation in der Klimapolitik mit Schwellenländern Erfolgspotentiale für das „Know-how“ deutscher Unternehmen schaffen kann, und zwar nicht nur beschränkt auf die erneuerbaren Energien. Eine stärkere Kooperation der Entwicklungspolitik mit der Wirtschaft könnte die weitere Integration der Entwicklungs- und Schwellenländer in die Weltwirtschaft fördern. Positive Auswirkungen auf die Umwelt, die Entschärfung politischer und sozialer Konflikte und die Verbesserung des Lebensstandards könnten daraus folgen.

13.4. Die USA einbeziehen

Eine wirksame Klimavorsorge kann ohne einen so großen Emittenten wie die USA nicht gelingen. Auf Dauer müssen die Vereinigten Staaten zur Rückkehr in den internationalen klimapolitischen Prozess bewegt werden – ob unter dem Stichwort „Kyoto“ oder im Rahmen eines neuen, anders garteten Ansatzes. Klimavorsorge kostet Geld. Würden der europäischen Industrie auf Dauer Emissionsminderungslasten auferlegt, welche die amerikanischen Wettbewerber nicht zu tragen hätten, würden daraus unweigerlich Handelsprobleme resultieren. Deutlicher formuliert: Wenn die Klimavorsorge auf Europa beschränkt bleibt, der Handel aber global stattfindet, wird sich die europäische Wirtschaft mit massiven Problemen konfrontiert sehen.

Energiebedingter Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) im Jahr 2001		
	in Mio. t	Veränderung zu 1990 in %
Welt	23500	14%
USA	5500	15%
China	3110	36%
Russland	1490	-29%
Japan	1150	13%
Indien	940	67%
Deutschland	850	-14%
Großbritannien	530	-5%
Kanada	210	19%
Südkorea	440	91%
Italien	430	6%
Frankreich	370	2%
Mexiko	360	22%
Australien	340	32%
Polen	290	-15%
Spanien	280	39%

Quelle: DIW

Das ist nicht nur ein Problem der Unternehmen, sondern hat Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Einkommen der Bürger. Die Wettbewerbsnachteile zumindest für global operierende Unternehmen mögen durch andere Faktoren wie z. B. fallende Wechselkurse ausgeglichen werden, die die Exporte und die Beschäftigung wieder erhöhen. Gerade fallende Wechselkurse bedeuten aber eine Verschlechterung der Einkommensposition. Es wird den Bürgern in Europa nicht zu vermitteln sein, warum der Großemittent USA sich nicht an den internationalen Anstrengungen beteiligen sollte. Solange die USA abseits stehen, wird sich die Wohlstandsposition von Europas Bürgern gerade im Vergleich mit denen in den USA verschlechtern.

Insbesondere im Kontext der Lissabon-Strategie müssen bei allen Entscheidungen auf europäischer Ebene die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas künftig stärker berücksichtigt werden. Nur wenn die europäische Wirtschaft ihren Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung auch leisten kann, besteht überhaupt eine Chance, das in Lissabon formulierte Ziel zu erreichen, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

13.5. Klimaschutzpolitik oder global change policy? Die Strategie überdenken

Inzwischen wird in der internationalen Diskussion Klimaschutzpolitik bereits sehr weit gefasst und im Sinne einer „global change policy“ behandelt. Die zukünftige Verteilung von Rohstoffen und Energieträgern und damit geopolitische Interessen stehen im Vordergrund. Nationale Spielräume werden dabei zunehmend durch internationale Festlegungen eingeschränkt. Außenwirtschaftliche und handelspolitische Aspekte spielen eine erhebliche Rolle. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass letztlich nicht geklärt ist, in welchem Ausmaß der Mensch das Klima beeinflusst.

Strategien zum Umgang mit den Konsequenzen der Klimaerwärmung müssen deswegen mindestens die gleiche Bedeutung zukommen wie Strategien zu ihrer Vermeidung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur Lebensräume z. B. in Bangladesh etwa durch eine Erhöhung der Meeresspiegel gefährdet werden, sondern unter Umständen auch bedeutende Landstriche z. B. in Sibirien oder Kanada leichter bewohn- und bewirtschaftbar werden. Mit anderen Worten, es sollte nicht immer nur der "Schatten" gesehen werden, sondern auch das "Licht". Das effektive und effiziente "Management der Veränderungen" (global change!) wie z. B. eine verbesserte Wasserbewirtschaftung bietet faszinierende technologische, wirtschaftliche und politische Herausforderungen. Hier könnte ein wirtschaftlich und technologisch attraktives Deutschland einen hervorragenden Beitrag leisten.